Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme.
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 180. **Mittwoch** den 29. Juni 1881. **75. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, können die geehrten Abonnenten

Karte und Rechnung bereits von heute an

in Empfang nehmen lassen.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die **Färberstraße** wird vom 30. dss. Mts. ab auf der Strecke zwischen Rannstädter Steinweg und Gustav-Adolph-Straße wegen der dort vorzunehmenden Pflasterarbeiten, insoweit als diese Arbeiten dies nöthig machen, **für allen Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 27. Juni 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Stockholz-Auction.

Montag, den 4. Juli c., sollen von Nachmittags 3 Uhr an im Forstreviere Connewitz auf den Mittelwaldschlägen in Abth. 27 und 30a.

ca. **400 Haufen kleingemachtes Stockholz**

unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage an der schwarzen Brücke in der Connewitzer Linie.

Leipzig, am 20. Juni 1881.

Des Raths Forst-Deputation.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 29. Juni.

Die Verwilderung und Verrohung der politischen Discussion ist eine Erscheinung, über die bei der gegenwärtigen Wahlbewegung oft und mit Recht geklagt wird. Es ist ganz unleugbar, daß die politische Agitation gegenwärtig häufig Formen und Mittel anwendet, die früher nur der Socialdemokratie eigen waren. Demagogische Künste und Methoden werden in wachsender Ausbildung in Anwendung gebracht, um die Absichten der Gegner zu verdächtigen und den Trieben und Neigungen der großen Masse zu schmeicheln. Es wird in dieser Beziehung jetzt von rechts und links ganz gleichmäßig gesündigt, und die conservativen Agitatoren haben ebenso wenig Ursache, den fortschrittlichen und ultramontanen einen Vorwurf zu machen oder umgekehrt. Es sollten alle Parteien, denen das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt, sich ernstlich die Frage vorlegen, ob nicht eine Aufreizung der Massen in dem Umfang und der Methode, wie sie jetzt betrieben wird, zu einer schweren Gefährdung des öffentlichen Wohls führen muß, ob namentlich nicht das beständige Aufstacheln der wirthschaftlichen Interessen, das Erregen unerfüllbarer Hoffnungen eine arge Gefahr in sich schließt. Bei dem Gegner pflegt Dies auch wohl anerkannt zu werden, die eigene Methode der Wählerbearbeitung aber pflegt man für eine ganz loyale, erlaubte und heilsame anzusehen. Das allgemeine directe Stimmrecht schließt eine ungeheure Gefahr in sich, die man in ihrer ganzen Größe nach den bis jetzt im Ganzen günstigen Erfahrungen, die wir damit in Deutschland erlebt, häufig zu unterschätzen geneigt ist. Es ist die Gefahr der Entfesselung der Masse durch eine rücksichtslose und frivole Demagogie. Daß wir auf dieser Bahn in letzter Zeit riesige Fortschritte gemacht haben, ist eine Thatsache, die sich jedem Beobachter der Wahlvorgänge aufdrängen muß. Diese Wahlen werden eine Erbitterung und Parteileidenschaft hinterlassen, die noch lange nachzittern und unser öffentliches Leben vergiften wird. Wir wiederholen, die extremen Parteien sind alle nicht frei von Schuld an dieser hochbedauerlichen Zeiterscheinung; möchten sie sich doch alle noch einmal die ernste Frage vorlegen, ob sie nicht im vermeintlichen Partei-Interesse Wege eingeschlagen haben, die das Gemeinwohl gefährden!

Mit vollem Rechte wird das (bereits kurz geschilderte) Auftreten des Grafen Wilhelm Bismarck in einem conservativen Bezirksverein Berlins allgemein entschieden getadelt. Der Sohn des Reichskanzlers übte in allgemeinen Redewendungen, ohne irgend einen Nachweis für die Berechtigung seines Urtheils liefern zu können, an der Berliner Stadtverwaltung eine Kritik, welche in den staatsmännischen Ruf zusammengefaßt wurde: „Nieder mit dem Fortschrittsring, nieder mit der Fortschrittstyrannei!" Diesen Ruf zu begründen war früher von zwei Seiten versucht worden: im Reichstage vom Kanzler, dessen Behauptungen sich durchweg als Irrthümer erwiesen hatten; und in der Skandalpresse durch Beschuldigungen, welche durch Richterspruch verurtheilt worden sind. Das ist das Fundament, auf dem der Sohn des Reichskanzlers eine Agitation fortsetzt, welche bezweckt, die unteren Classen einer Millionenstadt gegen die Communalverwaltung aufzureizen. Die „Nat.-Ztg." bemerkt dazu: Ein Seitenstück zu dieser Art von Agitation in der oppositionellen Wirksamkeit der von dem Grafen Bismarck persönlicher Beweggründe beschuldigten Gegner der Regierung zu finden, wird ihm sehr schwer fallen. Der Redner hielt es ferner für angemessen, seine Zusammenstellung von Artikeln der „Nordd. Allg. Ztg." und der „Prov.-Corr." durch eigene Aussprüche wie die zu würzen: die Hundesperre drücke viele Einwohner Berlins schwerer als der kleine Belagerungszustand; es würde ihm einen gewissen Spaß bereiten, wenn Lasker Excellenz sei, wenn nur der Schade für das Land nicht zu groß wäre u. s. w. Der sogenannte kleine Belagerungszustand ist eine Maßregel, welche, wie nothwendig sie auch sein mochte, viele Existenzen vernichtet, zahlreiche Familien auf das Schwerste betroffen hat; es ziemt sich daher nicht, ihn mit einer Hundesperre zu vergleichen. Herr Lasker hat zu einer Zeit, von welcher Graf Bismarck wahrscheinlich nur Wenig weiß, da er damals noch Gymnasiast oder Student war, unter der Zustimmung der großen Majorität des deutschen Volkes einen wesentlichen Antheil an vielen noch jetzt geltenden wichtigen Gesetzgebungs-Acten gehabt; es schickt sich daher nicht, wenn Graf Bismarck, von dem ohne den Namen, welchen er trägt, die Welt Nichts wissen würde, öffentlich versucht, sich über Herrn Lasker lustig zu machen. Es tritt in den soeben erwähnten Aeußerungen eine Ueberhebung hervor, die man früher „junkerlich" nannte; es scheint nothwendig, darauf ein wachsames Auge zu haben, denn mancherlei Anzeichen liegen dafür vor, daß die heilsame Nachwirkung der großen Kriege, welche jene Ueberhebung gewisser Kreise beseitigt zu haben schien, bereits erschöpft ist.

Der Bundesrath hat sich, wie schon kurz gemeldet, in seiner letzten Sitzung über die wichtigen Gesetzentwürfe aus der Reichstagssession schlüssig gemacht, die noch seines Votums harrten. Das Unfallversicherungsgesetz ist abgelehnt, und es wird wohl von Niemandem bedauert werden, daß das Gesetz in der Form, die der Reichstag hergestellt, nicht zu Stande gekommen ist. In welcher Gestalt es dem Reichstag aufs Neue vorgelegt werden wird, steht wohl heute noch nicht fest; darauf wird der Ausfall der Wahlen von wesentlichem Einfluß sein. Daß der Bundesrath den Wünschen der Reactionsparteien nach Ablehnung der im Sinne der letzteren nicht weit genug gehenden Innungsordnung und der Stempelsteuervorlage nicht nachgekommen ist, sondern diese Gesetze nach den Beschlüssen des Reichstags angenommen hat, wird man in der Voraussetzung, daß diese Fragen damit endgültig gelöst sind und auf weitergehende Bestrebungen für immer Verzicht geleistet ist, nur mit Befriedigung begrüßen können. Daß die Innungsordnung eine sehr tiefgehende Wirkung ausüben wird, möchten wir bezweifeln; es ist aber wenigstens durch die im Reichstag seitens der Liberalen vorgenommenen Verbesserungen dafür gesorgt, daß die Besorgnisse vor schädlichen und mißbräuchlichen Folgen dieses Gesetzes erheblich vermindert sind. Mit der Annahme des Stempelsteuergesetzes ist den Conservativen ein beliebtes Agitationsmittel aus den Händen entwunden. — Sodann hat der Bundesrath, soweit es an ihm liegt, auch die Hamburger Zollanschlußfrage erledigt. Die Art dieser Erledigung ist sehr bemerkenswerth. Der Bundesrath hat den bekannten Vertrag mit Hamburg angenommen, so daß also zur Gültigkeit desselben jetzt nur noch die Zustimmung des Reichstags erforderlich ist. Er hat aber auch auf Antrag Hamburgs gemäß Artikel 34 der Reichsverfassung alsbald den Eintritt der Stadt in das Zollgebiet beschlossen. Wie nun, wenn der Reichstag den Vertrag ablehnen sollte? Wir halten zwar dies Ereigniß für sehr unwahrscheinlich; allein man kann sich doch einmal die Möglichkeit vorstellen. Nach der Rechtsauffassung des Bundesraths ist zur Aenderung der Zollgrenze an sich die Zustimmung des Reichstags nicht erforderlich; der Zollanschluß Hamburgs würde also auch bestehen bleiben, wenn der Reichstag den Vertrag ablehnte. Hamburg würde damit den Zollanschluß vollzogen haben, ohne die der Stadt dafür zugestandenen Vergünstigungen zu erlangen. Diese Aussicht wäre dann wieder eine ungemein starke Pression auf den Reichstag, dem Vertrag seine Zustimmung zu ertheilen. Wie gesagt, wir halten unter allen Umständen die Zustimmung des Reichstags für gesichert und die eben angeregte Frage praktisch für gegenstandslos. Sie ist aber wieder einmal bezeichnend für die ungemein schwierigen verfassungsrechtlichen Streitfragen, welche diese ganze Angelegenheit von Anfang an durchzogen haben.

In Bezug auf dasselbe Thema schreibt man uns aus Berlin: Ueber die rechtliche Natur des Hamburgischen Antrags beim Bundesrath, den Zollanschluß der Hansestadt zu bewirken, und über die politischen Folgen der Annahme dieses Antrags sind theilweise unklare Vorstellungen verbreitet, die der Berichtigung bedürfen. Man hat nämlich die Meinung vertreten, daß der Reichstag nunmehr in eine Zwangslage gekommen sei und daß er die Kosten für den Zollanschluß im Gemäßheit des bekannten Vertrages bewilligen müsse, weil ohne diese Bewilligung der Eintritt Hamburgs in den Zollverein dennoch perfect wäre, und weil sich Senat und Bürgerschaft hinterher noch schlechtere Bedingungen gefallen zu lassen haben würden. Das ist ein Irrthum, von welchem hier versichert werden kann, daß er in denjenigen Kreisen, wo er praktisch unter Umständen bedenkliche Folge haben könnte, nämlich im Bundesrath, nicht getheilt wird. Hier faßt man vielmehr correcterweise die Sachlage so auf, daß die erfolgte Annahme des Hamburgischen Antrags stillschweigend an die aufschiebende Clausel der späteren Kostenbewilligung durch den Reichstag gebunden ist. Wird diese, aus welchem Grunde immer, verweigert, so steht es keineswegs so, daß Hamburg die anderweiten Bedingungen ruhig über sich ergehen lassen muß, die ihm dann Reichsregierung und Bundesrath dictiren, sondern es hat sich nur ausgeliefert auf Grund des abgeschlossenen Vertrages. Thatsächlich ist dies Verhältniß bereits anerkannt durch den Mangel jeder Terminbestimmung in dem Antrage, den der Senat gestellt und der Bundesrath angenommen hat. Ein solcher Termin war eben überflüssig, weil er von selbst in dem angezogenen Vertrage (mit den Worten: nach dem 1. October 1888) gegeben ist. Die Streitfrage, wenn es überhaupt eine ist, wird übrigens schwerlich jemals praktisch werden; denn es ist ganz zweifellos, daß der Reichstag den Zollanschlußvertrag, beziehungsweise die Kosten für den Anschluß, mit großer Majorität genehmigen wird. Nachdem die principielle Seite der Angelegenheit erledigt worden, können die übrig gebliebenen technischen Fragen zu weitgehenden Differenzen kaum mehr Anlaß bieten.

Von hervorragender liberaler Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß durch die Ernennung des Staatsministers v. Bötticher zum Generalstellvertreter des Reichskanzlers eine Bewegung ihren rückläufigen Gang beendigt hat, die mit dem Abgang Delbrück's im Jahre 1876 begann und auf nichts Geringeres als die Auflösung des Organismus der höchsten Behörden in untergeordnete Einzeltheile abzielte. Der Präsident des Bundes- und nachmaligen Reichskanzleramts war in Wahrheit der „Vicekanzler" gewesen. In lebendig organischer Entwickelung war dem Chef jener Behörde, eben Herrn Delbrück selber, eine leitende Rolle zugefallen, größer als der Nahmen, der für sie staatsrechtlich zu umschreiben gewesen wäre. Gleichgültig, ob der Reichskanzler dieses Zwischenglied zwischen sich und den übrigen Organen des politischen Lebens unbequem fand, oder ob er wirklich die Decentralisation der obersten Behörden für das Ersprießlichere hielt, jedenfalls begann mit dem Rücktritt Delbrück's die Zerstörungsarbeit gegen das von ihm geschaffene Reichskanzleramt, welches selbst bis auf seinen Namen verschwand und gleichgestellten „Reichsämtern" den Platz räumte. Man rühmte Das eine Zeit lang als den ersten Schritt zur Ausbildung von Reichsministerien, aber es wurde nur die eine Kleinigkeit vergessen, daß die Staatssecretaire als Beamte ohne Verantwortlichkeit einfach Untergebene des Kanzlers waren und blieben, und daß sie wie ein Pfeilbündel gegenüber einem überragenden Willen in demselben Maße ohnmächtig wurden, als das Band einer gemeinsamen Organisation sich gelockert hatte. Hochbedeutsam ist es nun, wie Fürst Bismarck durch die Beförderung des Herrn v. Bötticher selber anerkennt, daß sogar die administrativen Vortheile, die er sich von der Herschlagung des Reichskanzleramts versprochen, ausgeblieben sind. Man hat in dem bisherigen Chef des Reichsamts des Innern mit nichten den Nachfolger des Grafen Stolberg, sondern den indirecten Nachfolger des Dr. Delbrück (nach Ueberwindung eines Interregnums Hofmann) zu erblicken, und Herr v. Bötticher ist der Sache, wenn auch nicht dem Namen, nach Reichskanzleramts-Präsident, so gut wie er der Begründer dieser Behörde gewesen. Nicht unmöglich, daß der Sache binnen Kurzem auch der Name wieder nachfolgt.

Das Befinden des Fürsten Bismarck ist andauernd ein sehr schlechtes, so daß die ihm Nahestehenden durchaus nicht ohne Besorgnisse sind. Die Reise nach Kissingen ist in Folge Dessen zweifelhaft geworden. Darüber, ob Varzin oder Friedrichsruh zum Sommeraufenthalt gewählt werden soll, bleibt die Bestimmung noch vorbehalten.

Wenn sich jetzt mehrfaches Erstaunen darüber zeigt, daß die Nachricht von der erschütterten Stellung des Landwirthschaftsministers Dr. Lucius auftaucht, so erinnert man sich einfach nicht mehr des höchst bemerkenswerthen Vorganges während der verflossenen Landtagssession, als Herr Lucius der äußersten Rechten zum Trotz einen erheblichen Rückgang der Landwirthschaft in den letzten Jahren entschieden leugnete und diese seine Behauptung durch Zahlen belegte. Durch die damalige Rede, die von Seiten der Liberalen die größte Beachtung fand, verdarb es Herr Dr. Lucius bei den Conservativen gründlich. Wer die Art von „guter Miene" zu beobachten Gelegenheit hatte, welche damals von den Herren v. Minnigerode und Genossen zu diesem bösen Ministerspiel gemacht wurde, wußte sofort, daß Herr Lucius mit einer sehr schlechten Censur auf die schwarze Liste der Herren, welche „die Geschäfte des Landes führen", gekommen sei, und daß Diese nur auf die geeignete Gelegenheit warteten, um ihren Groll zu bethätigen.

In politischen Kreisen wird der Thatsache eine gewisse Aufmerksamkeit geschenkt, daß der Abg. v. Minnigerode in der vorigen Woche zur kaiserlichen Tafel in Ems gezogen worden ist. Die hochfliegenden Pläne dieses ehrgeizigen Führers der Agrarier haben dadurch zum ersten Male, seit er sich auf die politische Bühne hinaufgeredet, einen Schatten bestimmten Inhalts gewonnen. Aber es wird trotz aller reclamenhaften Anstrengungen des Abgeordneten für Eldingen-Marienburg nur ein Schatten bleiben. Herr v. Minnigerode ist von dem verständigeren Theil seiner Collegen niemals ernsthaft genommen worden. Es ist an der Zeit, daß Das endlich einmal einfach und der Wahrheit gemäß constatirt werde.

Wir konnten bereits mittheilen, das russischerseits beim Berliner (und auch wohl beim Wiener) Cabinet erhebliche Bedenken gegen die serbische Rangerhöhung zum Königthum geltend gemacht worden sind. In welche Wege diese Frage dadurch geleitet wird, bleibt einstweilen schwer übersehbar. Sollte sich Rußland in einen principiellen Gegensatz zu den Auffassungen stellen, welche die mitteleuropäischen Großmächte von der serbischen Königsfrage genommen haben, so darf erwartet werden, daß die letzteren ihre wohlerwogene Ueberzeugung nicht ohne Weiteres fahren lassen werden.

Der plötzliche Rücktritt des bairischen Staatsministers v. Pfeuffer unmittelbar vor den Landtagswahlen überrascht allgemein. Es wird versichert und mehrere Anzeichen sprechen dafür, daß Herr v. Pfeuffer selbst überrascht wurde. Unter solchen Verhältnissen müssen es jedenfalls hochwichtige Gründe sein, welche den so plötzlich eingetretenen Ministerwechsel veranlaßt haben; aber welche Gründe es sind, darüber hat man vorerst nur Vermuthungen und muß Weiteres abwarten. Daß die entschiedene Stellung, welche Herr v. Pfeuffer in der Gewerbefrage einnahm, gewisse Aeußerungen, welche er in dieser Beziehung kürzlich in der Abgeordnetenkammer und dann bei der Versammlung der bairischen Landwirthe in Speyer machte, Aeußerungen, die den Anhängern der Beschränkung der Gewerbe- und der Handelsfreiheit wenig genehm waren, höheren Orts — nicht in München, wohl aber in Berlin — die Stellung des Herrn v. Pfeuffer nicht verstärkt haben, dürfte allerdings anzunehmen und deshalb die Vermuthung, daß auf den Ministerwechsel äußere Einflüsse zur Geltung gelangt sein möchten, nicht so ganz ohne Grund sein.

Man schreibt uns aus Wien vom 26. d.: Die slavische Pilgerfahrt nach Rom beschäftigt heute in hervorragender Weise unsere Morgenblätter, nachdem diese anfänglich der Angelegenheit mit Unrecht wenig Beachtung geschenkt. Wir haben seiner Zeit gleich bei dem ersten Hervortreten jener Nachricht, die auf die Geneigtheit des Papstthums hinwies, den slavischen Katholiken die altslavische Liturgie statt der lateinischen zu bewilligen, die überaus wichtige kirchenpolitische Tragweite an dieser Stelle betont, was nun, freilich ziemlich verspätet, von der hiesigen deutsch-liberalen Presse anerkannt wird. Merkwürdigerweise hat aber diese ganz neue kirchenpolitische Frage unsere deutsch-liberalen Blätter in das Lager der starrsten Römlinge gedrängt, die, päpstlicher sein wollend als Papst Leo, von der slavischen Liturgie durchaus Nichts wissen und um „jeden Preis" an dem todten, allen Volkskreisen unverständlichen Latein festhalten wollen, gegen das sich bekanntlich alle religiösen Reformbestrebungen gekehrt haben. Das scheint in der That ein wirklich sonderbarer kirchenpolitischer „Liberalismus", mit dem man im wirklichen aufgeklärten Deutschland kaum sympathisiren dürfte.

Sonst wird in ernsteren politischen Kreisen vielfach die Ansicht getheilt, Oesterreich müsse diesen neuesten Wühlereien bei Zeiten seine Aufmerksamkeit zuwenden. Es stehe außer Frage, daß, wenn in Rom die Wiedereinführung der slavischen Liturgie ernstlich beschlossen würde, Dies auf die slavischen Parteien einen Rückschlag ausüben müßte und daß die nächste Consequenz die Bildung slavisch-klerikaler Parteien wäre. Noch mehr als die politischen und confessionellen würden sich zweifellos die nationalen Gegensätze verschärfen. Die Einführung der slavischen Liturgie hätte zur Folge, daß man mit den Sprachforderungen nur noch dringender hervortreten und der deutschen Sprache mit kräftigeren Agitationsmitteln den Boden streitig machen würde. Wenn es auch im Anfang nur slavische und lateinische Kapläne und Pfarrer gebe, so würden doch später die Czechen, Polen, Slovenen und Klerikalen auch mit der Forderung einer förmlichen Trennung der Diöcesen kommen. Genug, die Bewegung könne für den Staatsorganismus ganz unabsehbare Consequenzen haben; deshalb habe der Staat auch das Recht, in kirchliche Angelegenheiten solcher Art ein Wort darein zu reden, und er habe nicht nur die Aufgabe, sondern die Verpflichtung, da nöthig auch ein Machtwort zu sprechen.

In Prag steigt der Uebermuth der Czechen von Tag zu Tage. Die Deutschen, namentlich Studenten, können nicht mehr ohne Gefahr über die Straßen der Stadt gehen. Es scheint fast, als ziele solche Frechheit und Rohheit darauf ab, den Deutschen den Aufenthalt in der böhmischen Hauptstadt zu verleiden. Polizei- und Verwaltungsbehörden zeigen eine klägliche Schwäche. Der Bürgermeister Skramlik hat dem Magistrat anbefohlen, in seinen Correspondenzen mit außerböhmischen Behörden und mit Deutschen sich ausschließlich der czechischen Sprache zu bedienen.

Aus Krakau meldet man vom 25. d.: Unsere Stadt ist heute von Rom-Pilgern verschiedener slavischer Stämme gefüllt: Mährern, Hazulen, Kleinrussen und Bulgaren. Um drei Uhr Nachmittag reist die erste Pilgerabtheilung, etwa 500, über Wien nach Rom. Der Universitäts-Professor Graf Tarnowski schließt sich dem Zuge an.

Wo sich der Häuptling der arabischen Insurgenten und, wie es scheint, die Seele der allgemeinen Erhebung in Algerien, der rasch zu einer berühmten und berüchtigten Persönlichkeit gewordene Bu-Amema, in diesem Augenblick befindet, wird außer ihm und seiner Umgebung schwerlich ein Anderer wissen. Den Franzosen, die mit ihren Commandoführern und Truppen auf diesem neuesten Kriegsschauplatze ein klägliches Schauspiel aufführen, ist es sicher unbekannt. Heute glauben sie, ihn in die Falle getrieben zu haben, morgen taucht er plötzlich in ganz entgegengesetzter Richtung auf; heute ist er im Süden, morgen im Norden, die Franzosen angeblich immer hinter ihm. Wen man für diese Art der „Kriegführung" eigentlich verantwortlich zu machen hat, ist schwer zu entscheiden. Von der französischen Presse tadelt der eine Theil den Generalgouverneur von Algier, die Civilregierung, der andere die militärischen Befehlshaber; die Entrüstung über die Zustände in Algerien ist aber eine allgemeine. Mit ziemlicher Bestimmtheit läßt sich jetzt erkennen, daß der Aufstand schon seit lange vorbereitet war, daß man aber die zahlreichen Symptome, welche den Ausbruch voraussehen ließen, unbeachtet ließ; dann aber, als der Ausbruch wirklich erfolgt war, griff man zu den verkehrtesten Mitteln, ihn zu unterdrücken. Außerdem verheimlichte man die volle Wahrheit und suchte und sucht noch heute Parlament und Publicum, ja vielleicht die Regierung selbst durch falsche, stets optimistisch gehaltene Berichte zu täuschen.

Die ausführlicheren Berichte, welche jetzt über das von den Banden Bu-Amema's auf der Hochebene angerichtete Blutbad einlaufen und deren traurigster Schauplatz die Alfa-Pflanzungen der Spanier, Fuentes und Campillo, gewesen sind, lauten wahrhaft haarsträubend. So schreibt ein Zuaven-Officier von Saida dem „Voltaire":

Die Männer nieder gemetzelt, die Kinder in den Armen ihrer Mütter erdrosselt, die Mädchen geschändet und dann ebenfalls ermordet, nach Todschlag und Plünderung der Brand, das sind die Heldenthaten des Marabuts Bu-Amema und seiner wilden Glaubensgenossen. In Tafarna sind alle Behausungen eingeäschert. Möbel, Geschirr, Hausgeräth, Alles ist zertrümmert. Bei einem Bäcker haben die Banditen die Mehlsäcke, die sie nicht mit sich fort tragen konnten, aufgeschnitten und das Mehl auf den Boden geschüttet. Ich trete in ein Haus ein und sehe darin ein altes Weib auf dem Boden sitzen, den Kopf auf den Schoß gebeugt. Sie scheint zu schlafen. Ich trete näher: sie war in dieser Stellung getödtet worden. Die Insurgenten hatten ihr den Schädel eingeschlagen, daß das Gehirn herausspritzte. In Kralfalah ist der Anblick noch jammervoller. Der ganze Ort ist von den Flammen verzehrt. Noch gestern rauchten die Schutthaufen, welche die Leichen bedeckten. In El-Mau bietet sich dasselbe Schauspiel. Die Karawanserei ist zerstört. Ein armes 70jähriges Weib ist lebendig verbrannt worden. Leichen liegen auf den Straßen. Ich halte inne. Man könnte einen ganzen Band mit den Greuelthaten füllen, deren sich diese Fanatiker schuldig gemacht haben. Man hat schon jetzt die Gewißheit, daß die Zahl der Opfer sich auf mehr als 420 beläuft. Auf den Bahnhöfen begegnet man Weibern, welche die Verzweiflung halb getödtet hat, Kindern, denen ihre Eltern ermordet worden sind. Es wäre Wahnsinn, jene schreckliche Sintflut zu schauen. Das wilde Thier, welches in dem Araber wieder die Oberhand gewonnen hat, kann nur durch Furcht und exemplarische Züchtigung in Zaum gehalten werden.

In Italien droht die Aufregung und Unzufriedenheit gegen Frankreich recht bedenkliche Dimensionen anzunehmen. Die Regierung hat alle Mühe, unliebsame Demonstrationen und Kundgebungen der öffentlichen Meinung gegen Frankreich hintanzuhalten, ohne daß ihr Dies in jedem einzelnen Falle bei der herrschenden Erbitterung gelänge. Die officiellen Beziehungen zwischen beiden Regierungen sind zwar, wenn auch nicht eben sehr herzliche, so doch erträgliche, aber man braucht blos die Organe der öffentlichen Meinung in beiden Ländern mit einiger Aufmerksamkeit zu lesen, um sich sofort über die gegenseitige Verstimmung und Gereiztheit in deren vollem Umfange klar zu werden. Die letzten Vorfälle in Marseille haben die Leidenschaften da und dort bis zu einem Grade erhitzt, daß der geringste Anlaß zu ernsten Conflicten führen könnte, und daß beide Regierungen ihren ganzen Ernst aufzubieten haben, um der wachsenden Entfremdung Einhalt zu thun.

Aus London wird vom 28. Juli gemeldet: Das Blaubuch wurde im Parlamente vertheilt. Dasselbe umfaßt gegen 400 Depeschen vom 13. Januar bis 31. Mai und berichtet über Unterhandlungen und Schritte der Botschafter in Konstantinopel und Gesandten in Athen. Die Depesche Goschen's vom 26. April setzt die Motive aus einander, weshalb Goschen den Ansichten der übrigen Botschafter zustimmte, welche sich für die Reducirung des Griechenland zugebilligten Gebietes erklärten. Hätte England nicht zugestimmt, so hätte Griechenland die Convention nicht angenommen und der Krieg wäre ausgebrochen, in welchem aber Griechenland keine Aussicht auf Erfolg gehabt hätte.

SLUB
Wir führen Wissen.